

Peru

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	20
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	21
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	27
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	28
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	31

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Peru

Deutschland liefert im regionalen Vergleich nur in begrenztem Umfang Rüstungsgüter nach Peru. Darunter befinden sich häufig Teile für U-Boote und andere Ersatzteile für den Schiffsbau sowie Kommunikationsausrüstung. Im Jahr 2009 handelte es sich insbesondere um die Lieferung von Torpedos für die U-Boote der Klasse 209/1200 der peruanischen Marine.

Russland ist laut SIPRI mit großem Abstand wichtigster Rüstungslieferant für Peru. Russland und die USA lieferten zuletzt zahlreiche Hubschraube nach Peru. Darunter befanden sich u.a. zwei russische Mi-24P Kampfhubschrauber und sechs Mi-171Sh Transporthubschrauber sowie sechs ausgemusterte US-amerikanische S-61/H-3A Sea King Hubschrauber, die als Mehrzweckhubschrauber eingesetzt werden.

In Peru existiert keine nennenswerte Rüstungsindustrie. Vereinzelt werden Kleinwaffen und Munition produziert. Daher ist die Regierung bestrebt, in bestimmten Bereichen eigene Kapazitäten aufzubauen, um die Unabhängigkeit bei Rüstungsgütern zu erhöhen. Dazu unterzeichnete Peru in den vergangenen Jahren mit anderen Staaten sowie Rüstungskonzernen Kooperationsvereinbarungen. Das peruanische Heer verfügt über eine große Anzahl schwerer Waffensysteme sowie über zahlreiche Geschütze und eine Panzerabwehr. Es profitiert wie auch die anderen Teilstreitkräfte von einem umfassenden Modernisierungsprogramm aus dem Jahr 2007, durch das in den kommenden zehn Jahren zusätzlich 1,3 Milliarden US-Dollar aus Gasverkäufen bereitgestellt werden sollen. Im Jahr 2010 hat das Heer neben einigen Transport- und Schützenpanzern aus China und Südkorea zahlreiche Spike und Kornet Raketen bzw. Raketenwerfer aus Israel und Russland bezogen. Angesichts des veralteten Materials, das häufig gebraucht beschafft wurde, ist davon auszugehen, dass die peruanische Marine bereits um 2020 nur auf stark veraltete Schiffe zurückgreifen kann. Es ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren neue Patrouillenboote beschafft werden. In diesem Zusammenhang hat Peru zuletzt den Kauf von bis zu fünf Griffon 2000TD Luftkissenbooten beschlossen, die besonders im Amazonasgebiet entlang der brasilianischen Grenze eingesetzt werden sollen. Die peruanische Luftwaffe weist Berichten zufolge den größten Modernisierungsbedarf innerhalb der Streitkräfte auf. Es wird berichtet, dass nur etwa 30 Prozent der Flugzeuge für Einsätze, Operationen und Trainingsflüge bereit stehen.

Zur Bekämpfung des Kokainanbaus und des Terrorismus hat Peru aus Russland zwei Mi-35P Kampfhubschraubern angeschafft, die im Frühjahr 2011 übergeben wurden. Zuletzt hat der russische Hersteller *Russian Helicopters* sechs Mi-171Sh Transporthubschrauber geliefert, wovon jeweils drei für die Luftwaffe und das Heer vorgesehen sind. Ebenso hat Südkorea acht A-37B Dragonfly – leichte Kampfflugzeuge – an die peruanische Regierung überstellt.

Perus Militär nimmt eine zwar umstrittene, aber doch tief verankerte Rolle in Gesellschaft und Politik ein. Unter der Herrschaft Präsident Fujimoris in den 1990er Jahren

beanspruchte es zusehends mehr Einfluss in der Politik. Erst im letzten Jahrzehnt ist es gelungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu verbessern und auszubauen.

Der Konflikt zwischen der Regierung sowie den Rebellengruppen Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura zwischen 1980 und 2000 verursachte viel Leid in der Zivilbevölkerung und forderte zahlreiche Todesopfer. Aufgrund dieser Erfahrungen besteht in Teilen der Bevölkerung ein starkes Misstrauen gegenüber dem Militär. Nach der Amtsenthebung Alberto Fujimoris im Jahr 2000 begann die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Militärs. Bereits 2001 wurde unter dem damaligen Präsidenten Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet. Innerhalb des Militärs ist das Thema Menschenrechtsverletzungen und dessen Aufarbeitung auf Ablehnung gestoßen. Vereinzelt wurden sogar Versuche unternommen, sie zu behindern.

Im Jahr 1988 wurde die heutige peruanische Nationalpolizei geschaffen, die stark militärisch ausgerichtet ist. In der Zeit des Bürgerkrieges zwischen 1980 und 2000 war die Polizei in den Konfliktgebieten, die mehr als die Hälfte des Landes ausmachten, direkt dem Militär unterstellt. Berichten zufolge war sie auch an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Nach dem Sturz Fujimoris begann eine Polizeireform. Heute untersteht sie einer zivilen Führung im Innenministerium und besteht aus bis zu 26 Abteilungen, von denen die wichtigsten DINOES (Spezialoperationen), DINANDRO (Drogenbekämpfung), DININCRI (Kriminalpolizei) und DIRCOTE (Terrorismusabwehr) sind. In der Nationalpolizei verrichten ca. 100.000 Polizisten ihren Dienst. Zwischen 2004 und 2010 ist das Budget der Polizei um 70 Prozent auf nunmehr etwa 1,7 Milliarden US-Dollar angestiegen. Neben der Polizei prägen die *serenazgo*s (Wachmänner) das Stadtbild vieler Städte in Peru. Diese uniformierten Sicherheitskräfte sind in der Regel von den städtischen Verwaltungen organisiert und werden von dort koordiniert.

Zusätzlich gibt es gegenwärtig etwa 540 private Sicherheitsfirmen in Peru, die bis zu 90.000 Menschen beschäftigen und zahlreiche Dienstleistungen anbieten, die vom Objekt- bis zum Personenschutz reichen.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Peru ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Das Übereinkommen über Streumunition von 2010 befindet sich derzeit im Ratifizierungsverfahren. Es ist davon auszugehen, dass Peru das Abkommen ebenfalls ratifizieren wird. Innerhalb der Vereinten Nationen wird Perus Engagement im Hinblick auf globale Abrüstung und Rüstungskontrolle immer wieder gelobt. Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt sich Peru aktiv für die nukleare Nichtverbreitung und eine atomwaffenfreie Welt ein.

Peru hat im vergangenen Jahrzehnt eine bedeutende Entwicklung im Hinblick auf Menschenrechte durchgemacht. In der Verfassung sind grundlegende Menschen- und Bürgerrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. In der Praxis sind jedoch zahlreiche Mängel, Verstöße und Unzulänglichkeiten festzustellen. Immer wieder gibt es Berichte über Folter durch die Polizei, das Militär und Gefängniswärter. In den seltensten Fällen werden die Täter bestraft. Innerhalb der Grenzgebiete zu Kolumbien und Ecuador sowie in Gebieten, in denen die Rebel-

lengruppen weiterhin aktiv sind, übt das Militär weiterhin eine umfangreiche Kontrolle aus. Dort kommt es häufig zum Verschwinden von Menschen. In einigen Fällen kam es auch zu tödlichen Übergriffen durch die Sicherheitskräfte.

Peru ist nach wie vor durch zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg von 1980 bis 2000 geprägt, der zwischen der Regierung auf der einen Seite und sowie den Rebellengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura auf der anderen Seite ausgetragen wurde. Seit 2000 ist eine Deeskalation des Konflikts zu verzeichnen, jedoch keine Beendigung. Seit etwa 2008 besteht zudem zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen und Bergarbeiterverbänden auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite ein Konflikt über die liberale Wirtschaftspolitik und den Umgang der Regierung mit den natürlichen Ressourcen des Landes.

Die gesamte Region Lateinamerikas ist von dem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. In der Vergangenheit haben Mexiko und Brasilien jedoch trotz ihres Konflikts um die Führungsrolle eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehung erzielt. Brasilien ist dennoch bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern. Seit einiger Zeit wird darüber diskutiert, ob in der Region ein Rüstungswettlauf zu beobachten ist. Fest steht, dass einige Länder in Lateinamerika in der letzten Zeit beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investieren und zahlreiche neue Waffen einkaufen. So bestehen zwischen Venezuela und Russland, Kolumbien und den USA sowie zwischen Brasilien und Frankreich strategische Rüstungsallianzen. Gleichzeitig wurden jedoch im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region ergriffen, so z.B. die OAS Firearm Convention zur Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen in Südamerika oder OAS Transparency Convention zur besseren Transparenz bei Beschaffung konventioneller Großwaffensysteme.

Lange bestand zwischen Peru und Ecuador ein Grenzkonflikt, der in der Vergangenheit zu bewaffneten zwischenstaatlichen Konflikten geführt hat. Zwar einigten sich Lima und Quito 1992 darauf, eine friedliche Lösung anzustreben. Doch bereits zwei Jahre später wurde die ecuadorianische Armee mobilisiert und im Januar 1995 begann der Krieg zwischen beiden Staaten. Obwohl er nach nur einem Monat formal beendet wurde, dauerte es bis 1999, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Anerkennung der Demarkationslinie unterzeichnet werden konnte. Ein weiterer Konflikt besteht zwischen Peru und Chile. Gegenstand der Auseinandersetzung sind die maritimen Grenzen, über die derzeit beim Internationalen Strafgerichtshof verhandelt wird. Angeheizt wird der Konflikt von Bolivien, da die Regierung hofft, selbst einen Zugang zum Meer zu bekommen. Dennoch unterzeichneten Lima und La Paz Ende 2010 ein Abkommen, das eine engere Kooperation im Energiebereich und Bergbausektor regelt.

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone einen ersten Schritt zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag im Folgenden leider nicht zu weiteren Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle.

Zwischen 1980 und 2000 war Terrorismus ein großes Problem in Peru. Unter dem damaligen Präsident Fujimori wurden zahlreiche Anti-Terrorgesetze verabschiedet, die den staatlichen Sicherheitskräften umfassende Rechte einräumten. Ergebnis waren willkürliche Verhaftungen und Folter im „Dienste des Anti-Terrorkampfes“. International ist

Peru allen Abkommen zur Verhinderung oder Bekämpfung von Terrorismus beigetreten.

Lima ist auch den wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Das Land kämpft mit einer ausufernden Kriminalität. Morde, gewaltsame Übergriffe und Erpressung haben in den Städten deutlich zugenommen. Die Polizei hat noch keine geeignete Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung gefunden. Problematisch bleibt die weit verbreitete Korruption, die große Teile der Gesellschaft durchzieht. Eines der größten Probleme Perus bleibt der Drogenhandel, insbesondere mit Kokain. Insgesamt hat die Regierung den Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen in den vergangenen Jahren deutlich forciert.

Peru kann zwar auf eine wachsende Wirtschaft blicken, dennoch bestehen weiterhin ökonomische und soziale Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft. Insbesondere die indigene Bevölkerung ist wirtschaftlich benachteiligt und stärker von Armut betroffen als der Rest der Bevölkerung. In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt konstant auf ähnlichem Niveau entwickelt. Im Verhältnis zu den Militärausgaben wendet die Regierung in Lima gemessen am Bruttoinlandsprodukt jedoch mehr Geld für Bildung und Gesundheit auf. Gleichwohl bestehen insgesamt Defizite im Gesundheits- und Bildungsbereich, da die Regierung keine geeigneten Projekte in diesen Bereichen initiiert hat.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2015 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Waffenübungsgeräte: 89%	0,24
2000	Teile für U-Boote: 65,8%; Teile für Torpedos, Signalmunition: 34,2%	1,7
2001	Wandler für Unterwasser – Telefonanlagen: 64,9%; Teile für Echolotanlagen: 35,1%	0,24
2002	Teile für U-Boote: 98,3%	2,04
2004	Teile für U-Boote	4,65
2005	Flug- und Taktiksimulatoren und Teile für Flug- und Taktiksimulatoren: 93%	0,55
2006	Teile für U-Boote, Überwasserschiffe und Sonaranlagen: 99,8%	4,82
2007	Detektionsausrüstung: 77,6%; Teile für Kanonenmunition: 12,1%	0,37
2008	Teile für Torpedos: 94,2 %	1,91
2009	Torpedos und Teile für Flugkörper: 74,7%; Teile für U-Boote und Unterwasser- ortungsgeräte: 23,1%	20,52
2010	Teile für Torpedos: 40,2%; Teile für U-Boote: 25,2%; Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 18,8%	5,61
2011	Kommunikationsausrüstung, Funkaufklärungssystem und Teile für Kommunika- tionsausrüstung: 39,7 %; Körperschutzwesten und Teile für Körperschutzwes- ten: 28,7 %; Täuschkörperwurfanlagen und Teile für Täuschkörperwurfanlagen: 18,7 %	17,58
2012	Teile für Torpedos: 45,8 %; Handsprechgeräte und Teile für Kommunika- tionsausrüstung: 32,5 %; Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 17,7 %	0,42
2013	Torpedos und Teile für Torpedos: 37,8%; Infrarotausrüstung, Wärmebildaus- rüstung und Teile für Bildverstärkerausrüstung: 30,7% Panzerabwehrwaffenübungsgeräte, Nebelmittelwurfanlagen, Waffenzielgeräte und Teile für Panzerabwehrwaffen, Nebelmittelwurfanlagen, Täuschkörper- wurfanlagen, Waffenzielgeräte: 18,9%	12,23
2014	Munition für Panzerabwehrwaffen und Nebelmunition: 92,0%	10,26
2015	Software für Satellitenempfangsstation: 43,6% Zielortungssysteme und Teile für Zielortungssysteme: 20,2% Teile für U-Boote: 14,1% Teile für Transportflugzeuge: 10,8%	1,02

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2015, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

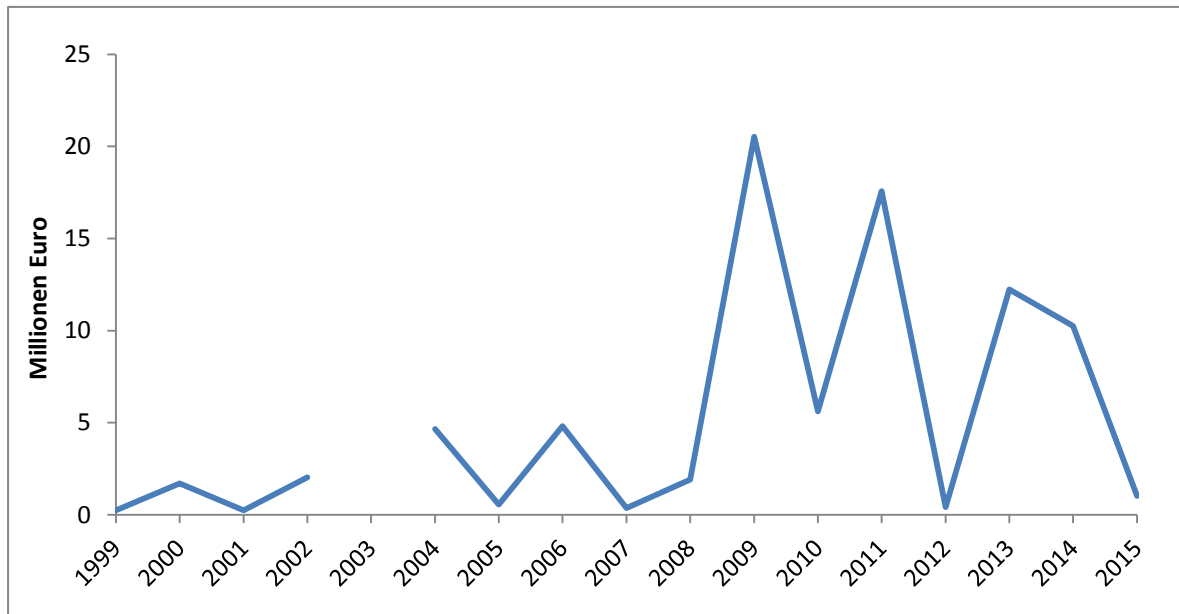
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2015

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Peru 2000-2016

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
12	MTU-595	Dieselmotor	(1999)	2000	12	
12	SUT	Torpedo	2008	2009	(12)	\$21Mio. Deal für U-Boote 209

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Deutschland liefert im regionalen Vergleich nur in begrenztem Umfang Rüstungsgüter nach Peru. Darunter befinden sich häufig Teile für U-Boote und andere Ersatzteile für den Schiffsbau sowie Kommunikationsausrüstung. Bereits zwischen 1974 und 1977 hat Deutschland die peruanische Marine mit sechs U-209/1200 U-Booten ausgestattet, die sich noch heute im Dienst für den Küstenschutz befinden. In den Jahren 2009 und 2010 lieferten deutsche Firmen Kriegswaffen für 4,5 Mio. Euro bzw. 3,9 Mio. Euro. Im Jahr 2009 handelte es sich insbesondere um Torpedos für die U-Boote der Klasse 209/1200

der peruanischen Marine. Auch im Folgejahr lieferten deutsche Unternehmen hauptsächlich Ersatzteile für U-Boote und Torpedos.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Großwaffensysteme nach Peru 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	10	49	153	248	136	596

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Großwaffensysteme nach Peru 2012-2016, Mio. USD

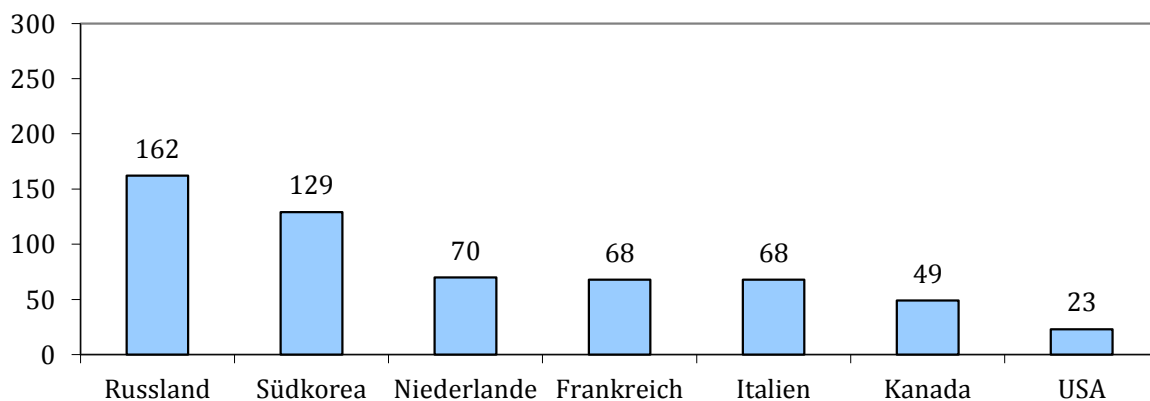
Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Mexiko lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten der Großwaffensysteme 2012-2016, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2017) nahm Peru zwischen 2012 und 2016 die 54. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Im Allgemeinen verfolgt Peru seit einigen Jahren eine Strategie der Modernisierung, um so, auch mit Hilfe ausländischer Partner, Flugzeuge und Transporthelikopter Instand zu setzen. Peru bezieht seine Waffen aus unterschiedlichen Ländern und pflegt enge Beziehungen zu den Lieferstaaten. Ein Großteil der Waffen wird zu deutlich günstigeren Konditionen gebraucht angeschafft. Laut SIPRI ist Russland mit großem Abstand wichtigster Rüstungslieferant für Peru. 2011 schickte Moskau zwei, vermutlich gebrauchte Kampfhubschrauber des Typs Mi-24P/Mi-35P. In den Jahren 2010 und 2013 wurde die Lieferung von insgesamt 30 Transporthubschraubern des Typs Mi-8MT/Mi-17 beschlossen, wovon bisher 24 geliefert wurden (Stand Oktober 2016). Die Niederlande lieferten 2014-2015 drei ausgemusterte Mehrzweckhubschrauber des Typs Bell-412 und zwei gebrauchte Fokker-50 Transportflugzeuge. Auch Italien soll in den Jahren 2015-2016 vier Transportflugzeuge des Typs C-27J Spartan liefern, während Kanada zwölf des Typs DHC-6 Twin Otter lieferte. Des Weiteren wurde zwischen Kanada und Peru 2012-2014 die Lieferung von 32 Schützenpanzern des Typs Piranha-III und von 20 PT6-Turboprops beschlossen. Letztere werden für die 20 KT1-Woong -Bee-Schulflugzeuge verwendet, die bis Ende 2015 aus Südkorea geliefert werden sollten. Die USA exportierten 2010-2015 sechs ausgemusterte S-61/H-3A-Sea-King-Transporthubschrauber, ein gebrauchtes Zubringerflugzeug des Typs Beech-1900/C-12J, insgesamt 10 Leichtflugzeuge der Typen Cessna-172/T-41, Learjet-45 und PA-44 Seminole, sowie je zwei Leichthubschrauber der Typen R-44 und F-28 nach Peru.

Zwecks Modernisierung der 2005-2007 von Rom ausgemusterten Fregatten des Typs Lupo, importierte Peru 2013 16 Seezielflugkörper des Typs MM-40-3 Exocet aus Frankreich, sowie zwei Kronos-Luftradaranlagen aus Italien. 2014 wurde ein gebrauchtes Unterstützungsschiff aus Amsterdam geliefert. Laut einem 2012 gefassten Beschluss zwischen Südkorea und Peru sollen außerdem 2016 zwei amphibische Transportdocks des Typs LPD-122m importiert werden. Lima verfügt seit 2005 wie Chile und Ecuador über einen aus Ressourcen finanzierten Rüstungsfond, der aus Gaseinahmen gespeist und in Zeiten klammer Kassen für Beschaffungen genutzt wird. Für Beschaffungsvorhaben und Modernisierung stehen bis zum Jahr 2025 geplante 1,2 Milliarden US-Dollar zur Verfügung.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2326	2684	2704	3191	2551
Anteil am BIP (in Prozent)	1,3	1,5	1,4	1,7	1,3
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	6,5	6,8	6,4	7,5	5,8

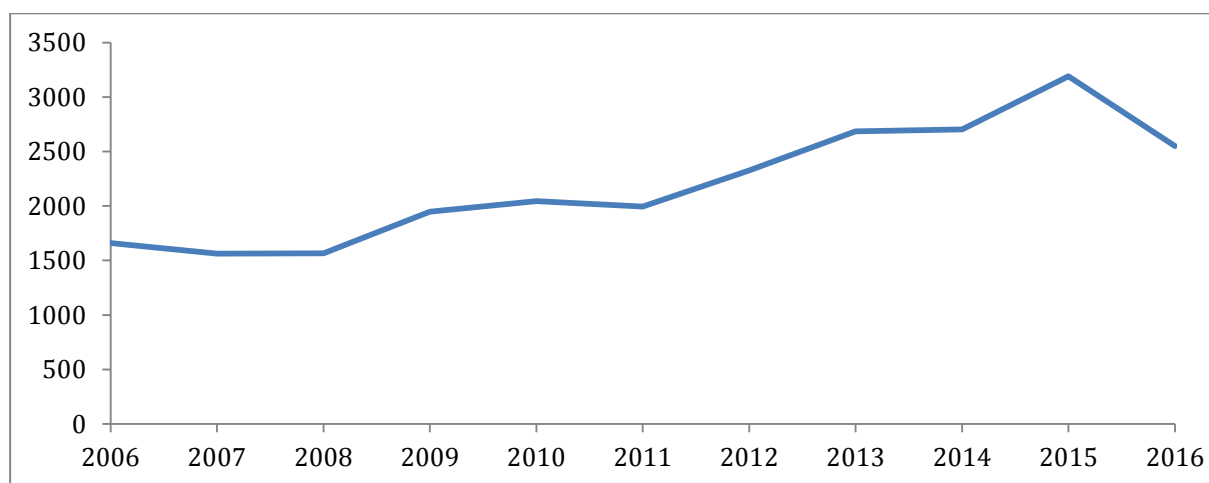
Angaben in konstanten Preisen mit 2015 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD

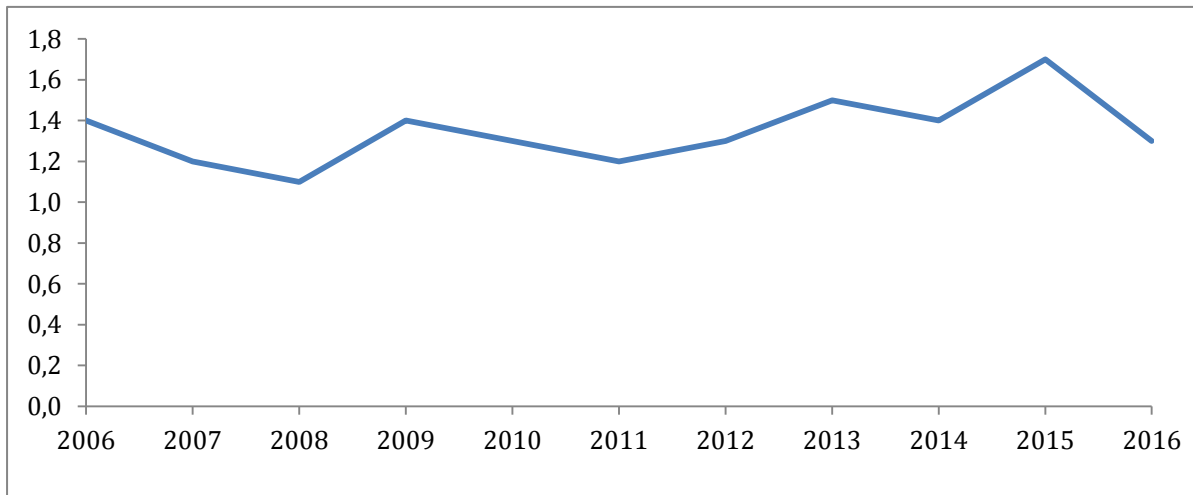


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2015.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2015 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

In Peru existiert keine nennenswerte Rüstungsindustrie. Vereinzelt werden Kleinwaffen und Munition produziert. Daher ist die Regierung bestrebt, in bestimmten Bereichen eigene Kapazitäten aufzubauen, um die Unabhängigkeit bei Rüstungsgütern zu erhöhen. Dazu unterzeichneten im Jahr 2008 der russische Rüstungskonzern Rosoboronexport und das peruanische Verteidigungsministerium eine Kooperationsvereinbarung, die eine engere Zusammenarbeit im Rüstungssektor vorsieht. Das peruanische Verteidigungsministerium vereinbarte auch mit dem russischen Konsortium Oboronprom (ein russischer Gegenspieler zur europäischen EADS) eine Kooperation zum Aufbau eines technischen Service- und Modernisierungszentrum für Mi-8, Mi-17 und Mi-26 Helikopter. Im Dezember 2011 einigten sich die Verteidigungsminister von Brasilien und Peru auf Basis einer Erklärung aus dem Jahre 2004 auf ein Kooperationsabkommen im Rüstungssektor. Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit sollen der Schiffsbau und die Flugzeugindustrie sein. Aus peruanischer Sicht wird dies als Meilenstein beim Aufbau einer heimischen Rüstungsindustrie angesehen. Auch deutsche Unternehmen kooperieren eng mit der peruanischen Rüstungsindustrie, etwa im Bereich der Marine durch die Modernisierung der deutschen U-Boote 209/1200 oder im Bereich des Hubschrauberbaus und der Instandhaltung des Eurocopter Hubschrauber vom Typs Bo-105. Darüber hinaus besteht das Interesse, die Zusammenarbeit im technologischen Bereich zu vertiefen. Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass keine Großwaffensysteme oder Klein- und Leichtwaffen aus Peru exportiert werden.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

81.000 aktiv, davon:

Heer: 47.500

Marine: 24.000

Luftwaffe: 9.500

Zusätzlich:

Reserve: 188.000 (Heer)

Paramilitär: 77.000

Quelle: IISS Military Balance 2017

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	114	114	115	115	115	115	115	81	81
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	4,0	3,9	3,9	3,9	3,9	3,8	3,8	2,6	2,6

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Kommentar

Das peruanische Militär verfügt über Heer, Marine und Luftwaffe, wobei eine Mehrzahl der Soldaten im Heer konzentriert ist. Zusätzlich steht eine große Reserve bereit, auf die zurückgegriffen werden kann. Nach Brasilien und Kolumbien besitzt Peru die größten Streitkräfte der Region. Seine Streitkräfte nehmen an zahlreichen Missionen der Vereinten Nationen wie etwa in der Elfenbeinküste, auf Haiti oder im Sudan teil.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	240	Davon 75 eingelagert, Einsatzfähigkeit zweifelhaft
Leichte Panzer	96	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	295	
Aufklärer	95	
Bergepanzer	Einige	M578
Artillerie	Mehr als 1011	
Panzerabwehr	22	Flugabwehrraketen; zusätzlich weitere Flugabwehrraketensysteme, u.a. AT-3 <i>Sagger</i> , <i>Spike-ER</i>
Luftabwehr	165	
Transportflugzeuge	16	
Ausbildungsflugzeuge	4	
Ausbildungshubschrauber	5	
Mehrzweckhubschrauber	8	
Transporthubschrauber	27	Davon 3 Mi-26T <i>Halo</i> im Lager

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Kommentar

Das peruanische Heer verfügt zwar über eine Vielzahl schwerer Waffensysteme sowie zahlreiche Geschütze und Panzerabwehr. Diese sind jedoch größtenteils veraltet. Teilweise sind Waffen und Gerät nur bedingt einsatzbereit. Das Heer profitiert wie auch die anderen Teilstreitkräfte von einem umfassenden Modernisierungsprogramm aus dem Jahr 2007, wodurch in den kommenden zehn Jahren zusätzlich 1,3 Milliarden US-Dollar aus Gasverkäufen bereitgestellt werden. Bereits im Jahr 2004 wurde ein Gesetz erlassen, das die Zuweisung von 20 Prozent der Erlöse aus dem Gasverkauf zu gleichen Teilen an das Heer, die Marine, die Luftwaffe sowie die Nationalpolizei vorsah. Entgegen jüngsten Entwicklungen enthielt das Weißbuch aus dem Jahr 2005 keine Informationen über Truppenstärke und Struktur sowie Bedarfe an Waffen und anderem Material. Auch wenn sich die Informationslage verbessert hat, ist weiterhin in einigen Bereichen unklar, welche Prioritäten bestehen oder welche Waffen angeschafft werden sollen.

Im Jahr 2010 hat das Heer neben einigen Transport- und Schützenpanzern aus China und Korea zahlreiche Spike und Kornet Raketen bzw. Raketenwerfer aus Israel und Russland bezogen. Auch im Jahr zuvor wurden aus diesen beiden Ländern Spike und Kornet Raketen geliefert.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	6	
Kreuzer	1	
Fregatten	7	
Patrouillenboote	12	
Davon Korvetten	6	
Amphibienfahrzeuge	9	
Logistik und Unterstützung	23	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 2

Marineflieger

8 Seeaufklärer
 5 Ausbildungsflugzeuge
 6 Transportflugzeuge
 1 Flugzeug zur elektronischen Kriegsführung
 5 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr
 5 Ausbildungshubschrauber
 11 Transporthubschrauber
 3 Mehrzweckhubschrauber
 Einige Raketen (AM-39 Exocet)

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 3

Marineinfanterie

Mehr als 47 gepanzerte Mannschaftstransporter

Mehr als 18 Artilleriegeschütze

Einige tragbare Panzerabwehrwaffen (Carl Gustav, M40A1)

Einige Einheiten zur Luftabwehr

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die peruanische Marine ist mit dem Schutz der Küstengewässer, der Flüsse sowie der Gewässer des pazifischen Ozeans in dem Gebiet der Exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) beauftragt. Während zu Beginn der 1980er Jahre ein umfassendes Modernisierungsprogramm einsetzte und die Marine zahlreiche neue Schiffe in Dienst nahm, begann mit der Wirtschaftskrise Ende der 1980er Jahre ein Rückbau. Schiffe wurden außer Dienst genommen und Beschaffungsvorhaben auf Eis gelegt. Bereits in den 1970er Jahren hatte das Land sechs deutsche U-209/1200 U-Boote gekauft, für die derzeit eine Modernisierung geplant ist. Unklar ist jedoch, wie lange die U-Boote noch im Dienst bleiben, da sie bereits stark veraltet sind.

Angesichts des veralteten Materials, das häufig gebraucht beschafft wurde, ist davon auszugehen, dass die peruanische Marine bereits um 2020 nur auf stark veraltete Schiffe zurückgreifen kann. Neben den deutschen U-Booten bilden italienische Lupo Fregatten den Kern der Marine. Möglich wäre eine Beschaffung italienischer FREMM Fregatten zwischen 2015 und 2020 als Ersatz. Unklar ist ebenfalls der Status des Flaggschiffs der Marine. Ein 1973 in Dienst genommener und 1985/88 modernisierter holländischer Zerstörer (Baujahr späte 1940er Jahre) wird höchst wahrscheinlich in naher Zukunft ohne Ersatz ausgemustert. Zum Schutz der Küstengewässer ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren neue Patrouillenboote beschafft werden. Ende 2012 hat die peruanische Marine für 72 Millionen Euro 16 MM40 Exocet 3 radar-gesteuerte Anti-Schiffsraketen bestellt, die auf den generalüberholten Lupo Fregatten zum Einsatz kommen sollen. Die ersten Raketen sollen Mitte 2014 ausgeliefert werden. Insgesamt zielt die umfassende Modernisierung darauf ab, die Marine einerseits für den Einsatz zur Unterbindung des Drogenhandels in der Region und andererseits zur Abwehr gegen ausländische Kriegsschiffe auszurüsten. In diesem Zusammenhang hat Peru den Kauf von bis zu fünf Griffon 2000TD Luftkissenboote beschlossen, die besonders im Amazonasgebiet entlang der brasilianischen Grenze eingesetzt werden sollen. Die peruanischen Marineflieger haben zuletzt holländische Fokker-60 in Dienst genommen, die die Aufklärungs- und Überwachungskapazitäten verbessern sollen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	20	
Abfangjäger	12	Einsatzfähigkeit einiger zweifelhaft
Kampfflugzeuge	36	Einsatzfähigkeit einiger zweifelhaft
Aufklärungsflugzeuge	6	
Ausbildungsflugzeuge	54	Davon 10 kampffähig
Transportflugzeuge	32	
Kampfhubschrauber	18	
Ausbildungshubschrauber	4	
Mehrzweckhubschrauber	21	
Transporthubschrauber	21	
Luftabwehr	Einige	u.a. S-125 <i>Pechora</i>
Raketen	Einige	u.a. R-550 <i>Magic</i> ; Kh-58

Quelle: *ISS Military Balance 2017*

Kommentar

Die peruanische Luftwaffe weist den größten Modernisierungsbedarf innerhalb der Streitkräfte auf. Es wird berichtet, dass nur etwa 30 Prozent der Flugzeuge für Einsätze, Operationen und Trainingsflüge bereit stehen. Während in dem 2007 verabschiedeten Modernisierungsplan noch die Aufteilung der Gelder zu gleichen Teilen zwischen den Teilstreitkräften vorgesehen war, hat sich inzwischen der Fokus deutlich zu Gunsten der Luftwaffe verschoben. Insgesamt ist die peruanische Luftwaffe auf die Verteidigung des Luftraums sowie auf die Aufstandsbekämpfung (COIN) ausgerichtet. Zunehmend hat sie sich auf die südliche Grenze mit Chile konzentriert, um eine effektive Abschreckung angesichts des noch schwelenden maritimen Konfliktes mit dem Land. Dazu sind in den letzten Jahren auch einige Hubschrauber mit neuen Überwachungs- und Waffensystemen ausgestattet worden.

In den letzten Jahren ist es gelungen zahlreiche Modernisierungsprogramme anzustoßen, die einerseits ein Upgrade der MiG-29 sowie die Instandsetzung der Mirage 2000 Kampfflugzeuge vorsahen. Bis zu 19 MiG-29 Kampfflugzeuge wurden für etwa 100 Mio. US-Dollar in Russland umfassend modernisiert. Zur Bekämpfung des Kokainanbaus und des Terrorismus vereinbarten Russland und Peru die Lieferung von zwei Mi-35P Kampfhubschraubern im Frühjahr 2011.

Zuletzt hat der russische Hersteller *Russian Helicopters* 24 Mi-171Sh Transporthubschrauber geliefert, sechs weitere sollen folgen. Ebenso hat Südkorea acht A-37B Dragonfly – leichte Kampfflugzeuge – an die peruanische Regierung überstellt. In Kanada hat die peruanische Luftwaffe zwölf Transportflugzeuge des Typs DHC-6 Twin Otter im Wert von 67 Millionen US-Dollar bestellt, das in den kommenden Jahren ausgeliefert werden soll. Die drei gelieferten italienischen C-27J Spartan Transportflugzeuge werden die Kapazitäten der peruanischen Luftwaffe weiter stärken und 2016 um eine weitere Bestellung ergänzt.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

*Küstenwache: 37 Patrouillenboote; Logistik und Unterstützung: 1 Schiff; 3 Transportflugzeuge
Nationale Polizei: 120 gepanzerte Mannschaftstransporter (BMR-600, MOWAG Roland)*

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 5

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 1 Soldaten, 11 Beobachter

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 206 Soldaten; 4 Beobachter

Elfenbeinküste (UNOCI): 1 Beobachter

Haiti (MINUSTAH): 161 Soldaten

Südsudan (UNMISS): 2 Soldaten

Sudan (UNAMID): 2 Beobachter; (UNISFA): 1 Beobachter

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Perus Militär nimmt eine zwar umstrittene Rolle in Gesellschaft und Politik ein, ist aber dennoch tief verankert. Unter der Herrschaft Präsident Fujimoris in den 1990er Jahren übte es einen starken Einfluss auf die Politik aus. Erst im letzten Jahrzehnt ist es gelungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu verbessern und auszubauen. Verteidigungsbudgets und Sicherheitspolitik werden eher von der Politik und nicht vom Militär bestimmt. Seit 2001 stehen erstmals Zivilisten an der Spitze des Verteidigungsministeriums und des Geheimdienstes. Zusätzlich ist es gelungen, die militärischen Prärogativen der vergangenen Jahrzehnte abzuschaffen. Diese Beschneidung der Rechte des Militärs bildete eine Grundvoraussetzung für seine bessere zivile Kontrolle.

Dabei betraf dieser Einschnitt nicht nur die nationale, sondern auch die regionale Ebene. Auch wenn das Militär weiterhin in den lang umkämpften Gebieten der maoistischen Gruppierung Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) für die Aufrechterhaltung der

öffentlichen Ordnung und der Sicherheit zuständig ist, hat es dort seine besondere wirtschaftliche und politische Stellung eingebüßt.

Der Konflikt zwischen der Regierung sowie den Rebellengruppen Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura zwischen 1980 und 2000 verursachte viel Leid in der Zivilbevölkerung und forderte zahlreiche Todesopfer. Aufgrund dieser Erfahrungen besteht in Teilen der Bevölkerung ein starkes Misstrauen gegenüber dem Militär. Viele Bürger und zahlreiche Menschenrechtsgruppen werfen den Streitkräften massive Menschenrechtsverletzungen in dieser Zeit vor. Nach dem Ende der Amtszeit Fujimoris begann die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Militärs in der Zeit zwischen 1980 und 2000. Erstmals wurden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass sich Militärangehörige vor einem zivilen Gericht verantworten mussten. Zusätzlich wurde bereits 2001 unter dem damaligen Präsidenten Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet. Innerhalb des Militärs sind das Thema Menschenrechtsverletzung und dessen Aufarbeitung auf Ablehnung gestoßen. Vereinzelt wurden Versuche unternommen sie zu behindern. Mit der Debatte der letzten Jahre über die Errichtung eines Denkmals für Soldaten, die während ihres Kampfes gegen Rebellengruppen zwischen 1980 und 2000 gefallen sind, hat die Auseinandersetzung über die Menschenrechtsverletzungen in der Gesellschaft neuen Zündstoff bekommen. Kritiker werfen dem Militär vor, mit der Gedenkstätte für die sogenannten „Verteidiger der Demokratie“ die Spaltung der Gesellschaft weiter voranzutreiben.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2006	2007	2008	2009	2010
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

In weiten Teilen hat Peru die Polizei- und Sicherheitsstrukturen von Spanien und Portugal geerbt. Diese waren stark zentralistisch, militaristisch und sehr regierungsnah. Im Jahr 1988 wurde die heutige peruanische Nationalpolizei geschaffen, die aus einem Zusammenschluss der bis dahin existierenden Republikanischen Garde, der Zivilen Garde und der Kriminalpolizei hervorging und ebenfalls militaristisch ausgerichtet war. In der Zeit des Bürgerkrieges in Peru war die Polizei in den Konfliktgebieten, die mehr als die Hälfte des Landes ausmachten, direkt dem Militär unterstellt und auch an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Zur gleichen Zeit war die Polizei auch regelmäßig Opfer terroristischer Anschläge. In Fujimoris Amtszeit waren sowohl Polizei als auch Militär verlängerter Arm des Regimes und wurden durch den Geheimdienst kontrolliert. Mit

systematischer Bestechung und Einschüchterung durch den Präsidenten und den Geheimdienst konnte ihre Loyalität sichergestellt werden.

Nach dem Sturz Fujimoris begann eine Polizeireform, deren Ziele und Durchführung jedoch nicht klar definiert waren. Innerhalb des Innenministeriums wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Reform koordinieren sollte, doch die großen Versprechen der Demokratisierung wurden nicht eingehalten. Letztlich behielt die Polizei ein Großteil ihrer Macht.

Heute untersteht die Nationalpolizei der zivilen Führung im Innenministerium und besteht aus bis zu 26 Abteilungen, von denen die wichtigsten DINOES (Spezialoperationen), DINANDRO (Drogenbekämpfung), DININCRI (Kriminalpolizei) und DIRCOTE (Terrorismusabwehr) sind. In der Nationalpolizei verrichten ca. 100.000 Polizisten ihren Dienst. Zwischen 2004 und 2010 ist das Budget der Polizei um 70 Prozent auf nunmehr etwa 1,7 Milliarden US-Dollar angestiegen. Das Durchschnittsgehalt eines Polizisten lag 2010 bei etwa 364 US-Dollar pro Monat und damit rund zwei Drittel unterhalb des durchschnittlichen Einkommens in Peru. Obwohl weiterhin Korruption als auch das gesellschaftliche Misstrauen herrschen und die Polizeireform wenig Erfolge vorweisen kann, hat das allgemeine Ansehen der Polizei in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

Neben der Polizei prägen die *serenazgos* (Wachmänner) das Stadtbild vieler Städte in Peru. Diese uniformierten Sicherheitskräfte sind in der Regel von den städtischen Verwaltungen organisiert und werden von dort koordiniert. Sie sind unbewaffnet und stammen aus der Zeit des Bürgerkrieges, als die Polizei in die Aufstandsbekämpfung involviert war und ihrer eigentlichen Aufgabe, der Herstellung von Sicherheit für die Bürger, nicht gerecht wurde. Ein Gesetz von 2002 sah zwar eine engere Kooperation mit der Polizei vor, wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt. Angesichts des politischen Missbrauchs der *serenazgos* durch einige Bürgermeister ist das Misstrauen innerhalb der Bevölkerung ihnen gegenüber stark gewachsen.

Diese Verunsicherung gegenüber der Polizei und anderen gesellschaftlichen Sicherheitsstrukturen hat einen umfangreichen privaten Sicherheitsmarkt in Peru entstehen lassen. Heute gibt es etwa 540 private Sicherheitsfirmen, die bis zu 90.000 Menschen beschäftigen und zahlreiche Dienstleistungen anbieten, die von Objekt- bis zum Personenschutz reichen.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Peru ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Das Übereinkommen über Streumunition von 2010 befindet sich derzeit im Ratifizierungsverfahren. Es ist davon auszugehen, dass Peru auch dieses Abkommen ratifizieren wird, da das Land weder Streumunition produziert noch verwendet. In der Vergangenheit hat Lima immer wieder Vorstöße unternommen, die Militärausgaben in der Region zu begrenzen und das Problem des generellen Misstrauens zwischen den Staaten als Hindernis für Abrüstung aufzugreifen. Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt sich Peru aktiv für die nukleare Nichtverbreitung und eine atomwaffenfreie Welt ein. Gegen Peru sind derzeit weder von den Vereinten Nationen noch von der Europäischen Union Sanktionen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2015**

Peru is a constitutional, multiparty republic. Ollanta Humala Tasso of the Peruvian Nationalist Party (part of the Gana Peru electoral alliance) won the June 2011 national elections in a vote widely considered free and fair. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. The most serious human rights problems included violence against women and children, trafficking in persons, and corruption and impunity that undermined the rule of law.

The following human rights problems also were reported: harsh prison conditions, abuse of detainees and inmates by prison security forces, lengthy pretrial detention, inordinate trial delays, intimidation of the media, threats towards human rights activists, limits on religious freedom, and incomplete registration of internally displaced persons (IDPs). In addition there was discrimination against women; individuals with disabilities; members of racial and ethnic minority groups; indigenous persons; lesbian, gay, bisexual, transgender, and intersex (LGBTI) persons; and persons with HIV/AIDS. Socioenvironmental conflicts involving extractive industries and development projects

occurred and sometimes turned violent. Other problems were a lack of labor law enforcement and the use of child labor, particularly in informal sectors. The government took steps to investigate, and in some cases prosecute or otherwise punish, public officials accused of abuses. Officials sometimes engaged in corrupt practices with impunity. The terrorist organization Sendero Luminoso (Shining Path) was responsible for killings and other abuses, including kidnapping and forced recruitment of child soldiers, extortion, and intimidation. The government maintained an active counterterrorism campaign against the Shining Path.

*Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2015
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>*

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2015/2016

Government critics were attacked. Excessive force by security personnel was reported. Indigenous Peoples continued to be denied their full rights. There was some progress in tackling impunity. Sexual and reproductive rights were not guaranteed.

*Quelle: Amnesty International Report 2015/2016
<https://www.amnesty.org/en/countries/americas/peru/report-peru/>*

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017

Bewertung für Peru auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 3

Politische Rechte: 2

Gesamtbewertung: Frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2016 zurzeit „not available“

Political instability and corruption scandals characterized President Ollanta Humala's final full year in office. The opposition-dominated Congress forced Prime Minister Ana Jara to resign in March over allegations of spying on prominent private citizens and public officials, heightening perceptions of fractured leadership and intensifying political polarization. A number of high-profile corruption cases dominated Peru's political debate in 2015, several of which were linked to ongoing questions regarding the role and influence of First Lady Nadine Heredia. Peru's high level of social conflict continued to pose one of the main threats to the country's political stability in 2015. Inequality and the exclusion of marginalized populations from decision-making processes exacerbate existing local conflicts, over half of which involve environmental exploitation related to extractive industries, particularly mining. Although the Humala administration has made notable progress in social inclusion, huge inequalities persist across the country, and Peru's regions have une-

ven access to basic services and limited opportunity for socioeconomic advancement. Despite a significant decline in poverty rates, nearly half the rural population remains in poverty, compared to 15 percent in urban areas. Overall, patience among the electorate is running thin: only 16 percent of Peruvians approved of Humala's performance in December 2015. As the 2016 general elections approached, surveys late in the year showed Keiko Fujimori, the daughter of imprisoned former president Alberto Fujimori, with an early advantage. She was followed by former economy minister Pedro Pablo Kuczynski and former Trujillo mayor César Acuña.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/peru>

Kommentar

Peru hat im vergangenen Jahrzehnt eine bedeutende Entwicklung im Hinblick auf Menschenrechte durchgemacht. Während die Zeit zwischen 1980 und 2000 durch den Bürgerkrieg und die damit verbundenen massiven Menschenrechtsverletzungen geprägt wurde, kamen nach dem Sturz Präsident Alberto Fujimoris die Aufarbeitung der Verbrechen und eine Verbesserung der Menschenrechtspraxis auf die Tagesordnung.

In der Verfassung sind grundlegende Menschen- und Bürgerrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. In der Praxis sind jedoch zahlreiche Mängel, Verstöße und Unzulänglichkeiten festzustellen. Die Rebellengruppe Leuchtender Pfad ist weiterhin aktiv und wird für zahlreiche Morde, Einschüchterung sowie das Rekrutieren von Kindersoldaten verantwortlich gemacht. Sie sind Berichten zufolge ebenfalls eng in den Drogenhandel verstrickt.

Immer wieder gibt es auch Berichte über Folter durch die Polizei, das Militär und Gefängniswärter. In den seltensten Fällen werden die Täter bestraft. Innerhalb der Grenzgebiete zu Kolumbien und Ecuador sowie in Gebieten, in denen die Rebellengruppen weiterhin aktiv sind, übt das Militär weiterhin eine umfangreiche Kontrolle aus. Dort kommt es häufig zum Verschwinden von Menschen. In einigen Fällen kam es auch zu tödlichen Übergriffen durch die Sicherheitskräfte.

In Bezug auf die Medien- und Presse-, die Versammlungs- und generell die Meinungsfreiheit gibt es nur vereinzelt Versuche der Regierung, diese zu unterbinden oder durch Einschüchterung bestimmte Meinungen zu verbieten.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (November 2016)

Am 1. Januar 2003 wurde der seit der spanischen Kolonialzeit herrschende Zentralismus zugunsten einer vorsichtigen Dezentralisierung aufgegeben. Die 25 Regionen Perus verfügen seitdem über vom Volk gewählte Regionalpräsidenten und -regierungen, deren Zuständigkeiten, Autonomie und finanzielle Ausstattung im Einzelnen noch in der Entwicklung sind. Durch die Dezentralisierung soll eine bürger- und problemnähere Verwaltung geschaffen und das Wirtschaftswachstum der Regionen gestärkt werden. Lima erwirtschaftet mit rund einem Drittel der Bevölkerung des Landes 47 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Verfassung von 1993 sieht einen alle fünf Jahre zu wählenden

Staatspräsidenten mit weit reichenden Vollmachten vor. Seit einer Verfassungsänderung im Jahr 2000 ist die direkte Wiederwahl des Präsidenten nicht mehr möglich. Der Staatspräsident ist Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Regierungschef. Er ernennt und entlässt das Kabinett. Der aus 130 Abgeordneten bestehende Kongress wurde am 10. April 2016 neu gewählt. Die Präsidentschaftswahlen hat am 05.06.2016 im zweiten Wahlgang Pedro Pablo Kuczynski, Vorsitzender von „Peruanos Por el Kambio“ (PPK), mit äußerst knappem Ergebnis von 50,12% der Wählerstimmen gewonnen und sein Amt am 28.07.2016 angetreten. Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen für ihn oben an. Die Bekämpfung von Kriminalität, Korruption und Armut und die Verbesserung des Schul-, Ausbildungs- und Gesundheitswesens haben ebenfalls Priorität. Trotz eines ersten Korruptionsskandals im Präsidentschaftsamt, hat er aktuell noch hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung. Eine weitere zentrale Herausforderung der Regierung ist die Bekämpfung der Reste der Terrorgruppe "Leuchtender Pfad" (Sendero Luminoso), die in den Tälern der Flüsse Apurimac, Ene und Mantaro (VRAEM-Region) in einer Allianz mit Kokainbanden staatliche Strukturen bekämpfen.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Peru/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Peru auf Platz 101 (2015: Platz 88), zusammen mit Trinidad und Tobago, Osttimor, Thailand, den Philippinen, Niger und Gabun. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

Peru ist nach wie vor durch zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg von 1980 bis 2000 geprägt, der zwischen der Regierung auf der einen Seite und sowie den Rebellen Gruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amara auf der anderen Seite ausgetragen wurde. Seit 2000 ist eine Deeskalation des Konflikts zu verzeichnen, jedoch keine Beendigung. Immer wieder kommt es zwischen Regierungstruppen und Anhängern der Rebellen Gruppen, insbesondere des Leuchtenden Pfades, zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die auf beiden Seiten Tote fordern. Die Gruppe Leuchtender Pfad hat sich inzwischen in zwei Fraktionen aufgespalten. Beide werden beschuldigt, den Drogenhandel des Landes zu kontrollieren und Menschen als Zwangsarbeiter gefangen zu halten. Seit etwa 2008 besteht zudem zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen und Bergarbeiterverbänden auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite ein Konflikt über die liberale Wirtschaftspolitik und den Umgang der Regierung mit den natürlichen Ressourcen des Landes. Indigene Bevölkerungsgruppen reklamieren immer wieder einen Anteil der Rohstoffeinnahmen für sich und wehren sich gegen die Ausbeutung des Amazonasgebiets. Es kam in diesem Zusammenhang zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei mit dutzenden Tote. Jüngst brachen Massenproteste gegen Gewalt gegen Frauen aus, die unter anderem aus den vielen Taten sexueller Gewalt resultierten.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Peru liegt im westlichen Teil Südamerikas und grenzt im Norden an Ecuador und Kolumbien, im Osten an Brasilien und Bolivien sowie im Süden an Chile. Im Westen liegt das Land am Pazifik.

Politische Situation in der Region

In der Region herrschen unterschiedliche politische Situationen. Zwar ist die politische Lage in einigen Staaten der Region als stabil zu bezeichnen, in anderen wiederum herrschen weiterhin Konflikte, soziale Auseinandersetzungen und politische Umbrüche. Zu nennen sind vor allem sowohl der innere Konflikt in Kolumbien als auch die zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen dieses Landes einerseits mit Venezuela und andererseits mit Ecuador wegen Verletzungen der Grenzen. Daneben gibt es eine Reihe weiterer ungelöster Grenzfragen in der Region.

Die gesamte Region ist von dem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Vor allem Brasilien ist bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern. Stabile demokratische Verhältnisse und sein starkes wirtschaftliches Wachstum waren für diese Entwicklung ebenfalls förderlich. Aufgrund der Abnahme des wirtschaftlichen Wachstums verminderten sich (vermutlich temporär) zunächst auch die Militärausgaben. Trotz ihres Konfliktes um die Führungsrille haben Brasilien, Mexiko und Venezuela in der letzten Zeit eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehungen erzielt. So bot der ehemalige brasilianische Präsident Lula da Silva z.B. Caracas seine Vermittlungstätigkeit im Streit mit Kolumbien an.

In Kolumbien ist der bewaffnete Konflikt zwischen linksgerichteten Guerillagruppen und dem kolumbianischen Militär nach wie vor ungelöst. Ein erfolgreich verhandelter Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung scheiterte zunächst am Ergebnis eines Referendums. Der Waffenstillstand besteht aber zwecks weiterer Verhandlungen zunächst fort. Gespräche über einen möglichen Frieden mit der ELN werden aktuell ebenfalls geführt (Stand November 2016). Daneben stehen auch Paramilitärs im Konflikt mit den Guerillagruppen. Wirtschaftlicher Brennstoff des Konfliktes ist der Drogenanbau, besonders von Kokain. Kolumbien behauptet, Ecuador und Venezuela würden die Guerillagruppen unterstützen, was beide Regierungen jedoch bestreiten. Im Jahr 2008 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die kolumbianische Luftwaffe FARC-Rebellen auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet angriff. Zwar wurde die daran anschließende diplomatische Eskalation bei einem Gipfeltreffen offiziell beigelegt, dennoch reichte Ecuador im vergangenen Jahr gegen Kolumbien Klage am Internationalen Strafgerichtshof ein. Weiterhin operieren kolumbianische Militärs auf ecuadorianischem Gebiet. 2015 kam es erneut zu einem Zwischenfall an der Venezolanisch-kolumbianischen Grenze, woraufhin ca. 7.000 Kolumbianer aus Venezuela vertrieben wurden und die Grenze durch Venezuela geschlossen wurde. Aufgrund wirtschaftlicher Engpässe in Venezuela kam es im August 2016 zu einer Öffnung der Grenzen.

Seit einiger Zeit wird darüber diskutiert, ob in der Region ein Rüstungswettlauf zu beobachten ist. Fest steht, dass einige Länder in Lateinamerika in der letzten Zeit be-

trächtlich in den Verteidigungshaushalt investieren und zahlreiche neue Waffen einkaufen. Zu diesem Zweck bestehen zwischen Venezuela und Russland, Kolumbien und den USA sowie zwischen Brasilien und Frankreich strategische Rüstungsallianzen.

Venezuela tat sich zunächst in diesem Rüstungswettlauf besonders hervor. Es unternahm bereits im Jahr 2005 vier große Waffenkäufe im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wird von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Maschinengewehre russischer Lizenz zu produzieren (AK-47), da sich diese im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Angesichts zahlreicher Funde venezolanischer Waffen in Kolumbien in den letzten Jahren erscheint diese Sorge durchaus berechtigt. 2009 vereinbarte Venezuela einen 2.2 Billionen USD-Handel mit Russland, der die Lieferung von Kampf- und Schützenpanzern und eines Luftabwehrsystems beinhaltete. Aufgrund einer seit 2014 andauernden wirtschaftlichen Krise und hohen Inflationsraten in Venezuela wurde die Aufrüstung jedoch stark eingeschränkt. Zwar kam es im vergangenen Jahrzehnt zu einer Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region, so z.B. die OAS Firearm Convention zur Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen in Südamerika oder OAS Transparency Convention zur besseren Transparenz bei Beschaffung konventioneller Großwaffensysteme. Doch die jüngsten Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) erschweren die sicherheitspolitische Kooperation. Gleichwohl ist regionale Vertrauensbildung und Kooperation wichtig, denn Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und ausufernde Korruption sind Bedrohungen und Herausforderungen, die alleine nicht zu lösen sind. Jedoch droht Venezuela das Ausscheiden aus dem südamerikanischen Wirtschaftsbündnis Mercosur, da das sozialistisch geführte Land sich gegen ein Freihandelsabkommen mit der EU ausspricht.

Grenzkonflikte

Zwischen Peru und Ecuador bestand seit dem 19. Jahrhundert ein Grenzkonflikt, der in der Vergangenheit zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten geführt hat. Noch Anfang 1981 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die peruanische Armee einige Grenzposten des ecuadorianischen Militärs besetzte. Zwar einigten sich Lima und Quito 1992 darauf, eine friedliche Lösung anzustreben. Doch bereits zwei Jahre später wurde die ecuadorianische Armee mobilisiert und im Januar 1995 begann der Krieg zwischen beiden Staaten. Obwohl er nach nur einem Monat formal beendet wurde, dauerte es bis 1999, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Anerkennung der Demarkationslinie unterzeichnet werden konnte.

Ein weiterer Konflikt besteht zwischen Peru und Chile. Gegenstand der Auseinandersetzung sind die maritimen Grenzen, über die im Januar 2014 im Internationalen Gerichtshof entschieden wurde. Laut IGH sollte Perus Seegebiet ausgeweitet werden, was von beiden Seiten anerkannt wurde. Jedoch setzt sich der Streit um den vom IGH festgelegten Grenzpunkt in der Region Tacna fort, da die peruanische Regierung dieses Gebiet für sich beansprucht. Der Disput wurde außerdem erneut gestärkt, als im Frühjahr 2015 drei peruanische Marineoffiziere wegen des Verdachts auf Aktivitäten für den chilenischen Geheimdienst festgenommen wurden. Angeheizt wird der Konflikt von Bolivien,

da die Regierung hofft, selbst einen Zugang zum Meer zu bekommen. Dennoch unterzeichneten Lima und La Paz Ende 2010 ein Abkommen, das eine engere Kooperation im Energiebereich und Bergbausektor regelt.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone einen ersten Schritt zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag im Folgenden leider nicht zu weiteren Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachtern zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/Export Wege transparent zu machen und zum anderen die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zu Import und Export konventioneller Waffen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Peru sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Peru 63 Prozent im Jahre 2015 und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren erneut gesunken (2013: 65 Prozent; 2011: 67 Prozent). Der dadurch entstandene Schaden belief sich 2015 auf 210 Millionen US-Dollar (2013: 249 Mio. USD). Im Vergleich zu anderen Staaten der Region weist Peru einen moderaten Wert auf.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 11

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (November 2016)

Die Beziehungen zu den USA haben für Peru traditionell außenpolitische Priorität. Gleichzeitig ist Peru an einer Vertiefung seiner Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten - insbesondere zu den Mitgliedstaaten der auf wirtschaftliche Integration ausgerichteten Pazifikallianz -, zu Europa, zu Russland und zu den Staaten des pazifischen Raums interessiert. Die Übernahme der pro-tempore-Präsidentschaft der Pazifikallianz (von Juli 2015 bis Juli 2016), die Unterzeichnung des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPP) im Februar 2016 sowie die Ausrichtung des APEC-Gipfels im November 2016 unterstreichen dies. Was Handel und Investitionen anbelangt, hat China mittlerweile die USA und die Europäische Union als wichtigster wirtschaftlicher Partner abgelöst. So ging die erste Auslandsreise des im Juli 2016 neu gewählten Präsidenten Pedro Pablo Kuczynski nach China. Mit der EU hat Peru im Februar 2010 ein bilaterales Freihandelsabkommen unterzeichnet, das seit dem 1. März 2013 vorläufig angewendet wird. Es wird nach Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten endgültig in Kraft treten. Bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA sowie mit China sind bereits seit 2009 bzw. seit 2010 in Kraft. Das transpazifische Freihandelsabkommen TPP mit 12 beteiligten Nationen (unter anderem USA) muss noch ratifiziert werden. Zusammen mit ihren Mitgliedstaaten ist die Europäische Union ein wichtiger Geber von Mitteln der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Das peruanische Interesse an engen Beziehungen zu diesem Kontinent ist ungebrochen. Der Ausbau der Beziehungen zu Brasilien hat für Peru einen hohen Stellenwert. Die peruanisch-chilenischen Beziehungen sind historisch belastet, aber trotz bestehender Differenzen auch vom Bemühen um Entspannung geprägt. Am 1. Februar 2009 trat ein bilaterales Freihandelsabkommen in Kraft. Mit einer ganzen Reihe von Initiativen bemüht sich die peruanische Außenpolitik um die Gestaltung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Seit Abschluss eines Friedensvertrags mit Ecuador im Oktober 1998 haben sich die historisch angespannten Beziehungen zum nördlichen Nachbarn sehr positiv entwickelt. 2011 wurde die gemeinsame Seegrenze vertraglich geregelt. Peru ist mit Kolumbien, Ecuador und Bolivien Mitglied der Andengemeinschaft (CAN), deren Bemühungen um politische und wirtschaftliche Integration der Region jedoch gegenwärtig nicht vorankommen. Am 08.12.2004 wurde in Cusco/Peru die Gemeinschaft der südamerikanischen Staaten (CNS) gegründet, deren Mitglied Peru ist. Im April 2007 wurde sie in Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR) umbenannt. Zusammen mit Chile, Kolumbien und Mexiko ist Peru Mitglied der Pazifikallianz (Alianza del Pacífico), die am 28.04.2011 in Lima gegründet wurde.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Peru/Aussenpolitik_node.html

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Zwischen 1980 und 2000 war Terrorismus ein großes Problem in Peru. Beide Rebellen- und Terrorgruppen (Sendero Luminoso und Tupac Amaru) waren in dieser Zeit für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich. Unter dem damaligen Präsident Fujimori wurden zahlreiche Anti-Terrorgesetze verabschiedet, die den staatlichen Sicherheitskräften umfassende Rechte einräumten. Ergebnis waren willkürliche Verhaftungen und Folter im „Dienste des Anti-Terrorkampfes“.

Inzwischen ist Peru allen internationalen Abkommen zur Verhinderung oder Bekämpfung des Terrorismus beigetreten. Zwar ist Peru und auch die gesamte Region vom internationalen Krieg gegen Terrorismus nicht betroffen, da die Gefahr des transnationalen Terrorismus in diesen Ländern eher gering ist. Doch viele lokale und nationale Terrorgruppen destabilisieren das Land und die Region. Gegenwärtig tritt die Rebellen- und Terrorgruppe Leuchtender Pfad wieder verstärkt im Zusammenhang mit Drogenhandel in Erscheinung und wird mit Angriffen auf die Polizei oder staatlichen Einrichtungen in Verbindung gebracht. Im Kontext des Drogenhandels, der in Peru blüht, wird immer wieder von Drogen-Terrorismus (narco-terrorism) gesprochen.

Berichten zufolge erweckt die enge Beziehung zwischen Venezuela und dem Iran in Peru und anderen Ländern der Region große Sorgen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Lima ist den wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Das Land kämpft jedoch weiterhin mit ausufernder Kriminalität. Insbesondere Morde, gewaltsame Übergriffe und Erpressung haben in den Städten deutlich zugenommen. Die Polizei hat noch keine geeignete Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung gefunden. Problematisch bleibt die weit verbreitete Korruption, die große Teile der Gesellschaft sowie das Militär und andere Sicherheitskräften durchzogen hat. Bereits 2010 hat die Regierung eine Anti-Korruptionskommission eingerichtet, die Strategien und Politikempfehlungen erarbeiten soll, die Korruption im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft einzudämmen.

Eines der größten Probleme Perus bleibt der Drogenhandel, insbesondere mit Kokaïn. Berichten zu Folge werden etwa 50 Prozent des Kokains aus Südamerika in Peru angebaut. Das Land hat mit Hilfe der USA ein umfassendes Drogenbekämpfungsprogramm gestartet, was jedoch inzwischen ausgesetzt wurde. Dieses sieht die Zerstörung von Kokaplantagen vor. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Bewohnern der Anbautäler und -dörfer. Insgesamt hat die Regierung den Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen in den vergangenen Jahren deutlich forciert.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Peru übermittelt im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und Rüstungsexporten sowie im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Peru ist Teil der Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen der Andengemeinschaft und Mercosur. Bereits 2003 hat die Andengemeinschaft eine Entscheidung getroffen, die den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen in der Region unterbinden sollte. Peru verfügt über Gesetze zur Exportkontrolle. Über die Wirksamkeit, die Anwendung und die Überprüfung liegen jedoch keine Informationen vor; hingegen sind einige aktuelle Fälle von Waffenschmuggel in Peru bekannt:

So wurden im Jahr 2013 1767 Raketenwerfer gestohlen – Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass diese Waffen möglicherweise später auf den Schwarzmarkt verkauft und illegal ausgeführt wurden. Zudem werden immer wieder Waffen über die südliche Grenze mit Ecuador ausgefahren, die dann zu großen Teilen von dort aus nach Kolumbien weitergehandelt werden.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes**Box 12****Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (November 2016)**

Nach Jahren dynamischen Wachstums – dem höchsten der Region – macht die peruanische Wirtschaft eine Phase der Konsolidierung durch. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise bedingte eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2009 (+1,1%). Die nachfolgende Erholung in den Jahren 2010 und 2011 (8,3% und 6,3%) schwächte sich in den folgenden Jahren jedoch kon-

tinuierlich ab (2012: 6,1%; 2013: 5,9%; 2014: 2,4%). Unter anderem durch die Inbetriebnahme zweier Minen zum Ende des Jahres konnte die peruanische Regierung für 2015 ein unerwartet hohes Wirtschaftswachstum von 3,26 % verzeichnen. Die Verlangsamung des Wachstums kam aufgrund geringerer Exporterlöse (durch sinkende Preise für Bergbauprodukte), gesunkener chinesischer Nachfrage nach Rohstoffen aus Peru und nachlassender in- wie ausländischer Investitionen zustande. Die Staatsverschuldung verringerte sich bis 2013 kontinuierlich und lag bei 19,6%. Die peruanische Regierung wollte am Kurs des stetigen Abbaus festhalten, dennoch stieg die Verschuldung des Staates im Jahr 2014 wieder auf 20% und 2015 auf 23,3%. Die Inflationsrate hatte sich seit 2010 auf 2 bis 3% stabilisiert. Mit 3,2% allgemeiner Preissteigerung wurde die Zielmarke der Zentralbank 2014 jedoch knapp überschritten, und im Jahr 2015 stieg die Teuerungsrate weiter auf 4,47%. Der peruanische Sol verliert an Wert gegenüber dem US-Dollar, sodass die nun höheren Importpreise sich auf die inländische Inflationsrate auswirken. Wichtigste Wirtschaftszweige sind der Bergbau und der Tourismus. Letzterer hat den Fischereisektor vom zweiten Rang verdrängt. Weiterhin sind das verarbeitende Gewerbe und der Handel von Bedeutung. Die sinkende Tendenz der peruanischen Exporterlöse nach der Rekordmarke von 2011 über 46,2 Milliarden US-Dollar setzt sich weiter fort. 2015 nahmen die Ausfuhren um 14% im Vergleich zum Vorjahr ab und erreichten 33,25 Milliarden US-Dollar. Dies dürfte unter anderem auf die sinkenden Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und eine sinkende Nachfrage des größten peruanischen Handelspartners China zurückzuführen sein. Nach einem Anstieg der Importe bis ins Jahr 2013 auf 43,28 Mrd. USD fielen sie bis auf 38,06 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015. Folge des erneut starken Exporterlösrückgangs und gesunkener Importe ist eine weitere Verschlechterung der Handelsbilanz auf ein Defizit von 4,82 Milliarden US-Dollar. [...] Peru ist unter Anderem Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Andengemeinschaft (CAN), des Mercosur und der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC). Peru hat insgesamt 20 Freihandelsabkommen abgeschlossen. Die wichtigsten sind wohl das im Februar 2016 unterzeichnete Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) sowie das Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Peru/Wirtschaft_node.html

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

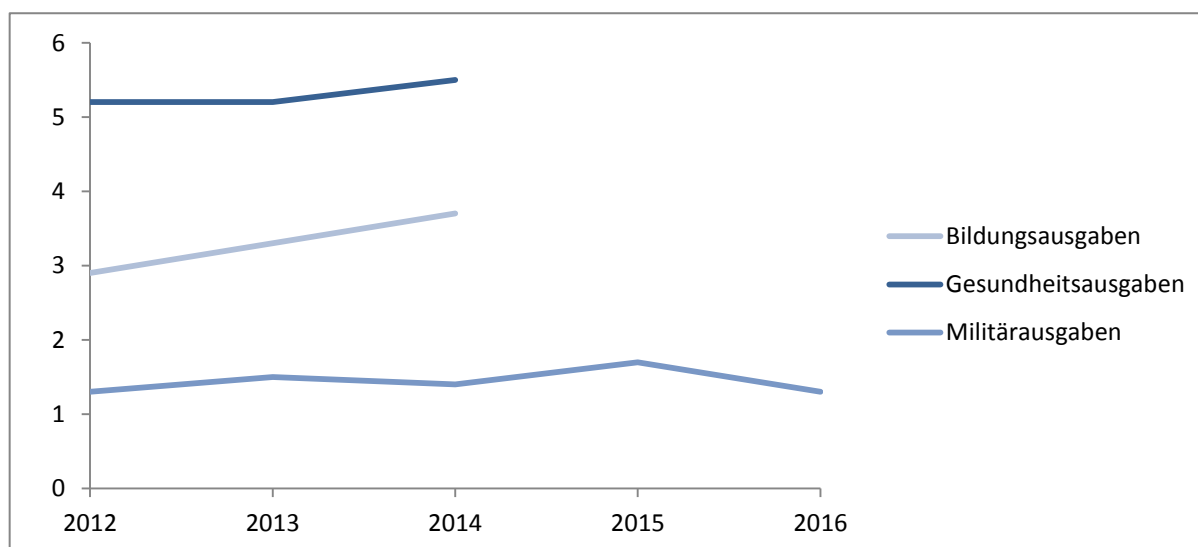
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2326	2684	2704	3191	2551
Militärausgaben/BIP	1,3	1,5	1,4	1,7	1,3
Gesundheitsausgaben/BIP	5,2	5,2	5,5	-	-
Bildungsausgaben/BIP	2,9	3,3	3,7	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2015 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2011	2012	2013	2014	2015
Auslandsverschuldung	47431	55882	57785	61331	65938
Anteil am BIP (in Prozent)	26,38	28,09	28,11	30,2	34,32
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	535,33	341,72	302,97	271,43	318,32
Net ODA (% of GNI)*	0,35	0,18	0,16	0,14	0,16
Deutsche ODA Zahlungen*	218,33	100,59	81,64	67,06	45,7

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2014); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2014).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2011	2012	2013	2014	2015
Militarisierungswert	663,8	660,9	667,6	665,4	661,8
Index-Platzierung	43	42	40	38	41

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2011	2012	2013	2014	2015
Bolivien	Militarisierungswert	478,4	480,1	479,1	479,0	466,9
	Index-Platzierung	130	132	131	127	132
Brasilien	Militarisierungswert	596,2	598,1	595,4	593,4	593,5
	Index-Platzierung	78	78	76	75	75
Chile	Militarisierungswert	682,8	678,9	678,4	677,5	677,1
	Index-Platzierung	35	34	35	35	34
Ecuador	Militarisierungswert	662,5	657,0	654,0	647,5	629,3
	Index-Platzierung	45	46	44	47	56
Kolumbien	Militarisierungswert	627,1	634,5	636,2	625,6	629,8
	Index-Platzierung	65	57	55	56	55

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2016.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Die Platzierung der Länder kann aufgrund der Berechnungsmethode nur innerhalb eines Jahres verglichen werden, ist jedoch zur Veranschaulichung hier aufgeführt. Durch eine unterschiedliche Datenbasis in den einzelnen Jahren variiert die Anzahl der erfassten Länder in den einzelnen Jahren, so dass die Platzierung nicht über verschiedene Jahre hinweg verglichen werden kann.

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Bolivien	Militärausgaben (absolut)	582	621	651	576	545
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,8	1,9	1,7	1,6
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	24574	24708	25201	24618	22839
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,5	1,4	1,4	1,3
Chile	Militärausgaben (absolut)	4511	4559	4640	4637	4583
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,0	2,0	1,9	1,9
Ecuador	Militärausgaben (absolut)	2865	2946	2897	2449	2130
	Militärausgaben/BIP	2,9	2,9	2,8	2,4	2,2
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	8455	9206	9081	9127	9930
	Militärausgaben/BIP	3,2	3,3	3,1	3,1	3,4

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0.727	0.734	0.737	0,734	0,74

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Peru kann zwar auf eine wachsende Wirtschaft blicken, dennoch bestehen weiterhin ökonomische und soziale Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft. Insbesondere die indigene Bevölkerung ist wirtschaftlich benachteiligt und ist stärker von Armut betroffen als der Rest der Bevölkerung. Die Armutsrate auf dem Land ist mit etwa 60 Prozent sehr hoch. In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt konstant auf ähnlichem Niveau entwickelt. Im Verhältnis zu den Militärausgaben wendet die Regierung in Lima gemessen am Bruttoinlandsprodukt jedoch mehr für Bildung und Gesundheit auf. Gleichwohl bestehen insgesamt Defizite im Gesundheits- und Bildungsbereich, da die Regierung keine geeigneten Projekte in diesen Bereichen initiiert hat.